



Senat streicht finanzielle Mittel – Arbeit der Lesbenberatung gefährdet

Der Lesbenberatung Berlin e.V. werden mitten im Jahr Mittel in der Höhe von 15.000 Euro gestrichen. So lautete diese Woche die Information der, von Senator Czaja (CDU) regierten, Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Die finanziellen Mittel des integrierten Gesundheitsprogramm (IGP) sollen ab sofort einem neuen Projekt zur psychologischen Betreuung von wohnungslosen Frauen zur Verfügung stehen. Wir begrüßen das neue Projekt, die Streichungen nehmen wir jedoch auf keinen Fall hin. 15.000 Euro sind eine nicht zu akzeptierende Summe für lesbische und bisexuelle Frauen und Trans* Menschen in dieser Stadt. 15.000 Euro bedeuten für die Lesbenberatung 17% der Zuwendungsgelder des noch verbleibenden zweiten Halbjahres. Damit hat das Land Berlin 28.000 Euro seit 2005 in der Lesbenberatung gekürzt - das ist ein politischer Skandal für die Gesundheitspolitik dieser, sich „als weltoffen und interkulturell“ bezeichnenden, Stadt.

„Die Streichung erfolgt fast zur Mitte des laufenden Haushaltsjahres mit der Betonung, dass es keine fachliche Beanstandung unserer Arbeit gibt. Nach mehr als 30 Jahren guter Zusammenarbeit mit dem Senat, ist das für uns ein deutlicher Vertrauensverlust in die Berliner Gesundheitspolitik“ sagt Claudia Apfelbacher, Geschäftsleitung der Lesbenberatung. „Die Berliner Abgeordneten vernachlässigen mit ihrer Entscheidung, die Gesundheitsversorgung von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans* Menschen und Mädchen und Frauen in Krisensituationen und schränken die schon jetzt nicht ausreichenden finanziellen Mittel dadurch massiv ein.“ Statt das neue Projekt z.B. mit zusätzlichen Mitteln der Wohnungslosenhilfe zu finanzieren, werden Gelder auf Kosten von gesundheitspolitisch relevanten Frauenprojekten herangezogen. Damit werden Angebote für sozial diskriminierte Gruppen gekürzt. Da das neue Projekt z.T. die gleiche Zielgruppe bedient, werden Gelder nur umverteilt und nicht neu zur Verfügung gestellt. So muss eine lesbische wohnungslose Frau womöglich auf ihr wöchentliches Gruppenangebot in der Lesbenberatung verzichten, das dazu beiträgt, soziale Isolation zu überwinden, die durch die Folgen von Diskriminierung und Gewalt hervorgerufen wurde. Beide Einrichtungen können sich also nur ergänzen. Doch ohne die Finanzierung der Lesbenberatung, wird diese Zusammenarbeit untergraben. Die Lesbenberatung als unverzichtbare Schnittstelle zwischen Präventions- und Krisenarbeit in Berlin wird förmlich ausgehebelt.

Von der Streichung sind Hunderte von lesbischen und bisexuellen Frauen, Mädchen und Trans* Menschen betroffen. Aufgrund unseres spezifischen und interkulturellen Angebotes werden sie kaum auf andere Orte ausweichen können.

Wir fordern die sofortige Rücknahme der Streichung für 2013 und die seit Jahren geforderte finanzielle Aufstockung der Gelder- insbesondere für die young&queer Arbeit.

Für Rückfragen und Interviewanfragen:

Claudia Apfelbacher (Geschäftsleitung), Tel. 0179-12 92 640

Lesbenberatung Berlin e.V.

Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin www.lesbenberatung-berlin.de Tel. +49(0)30 - 217 27 53